

Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Gesundheit, Sport, Kultur und Senior:innen“ des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 15.05.2024 im Ortsamt West, Waller Heerstraße 99, 28219 Bremen

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Nr.: XIV/02/24

Teilgenommen haben:

Beiratsmitglieder

Özlem Kara
Marijanne Eberl
Norbert Holzapfel

Sachk. BürgerInnen

André Zeiger
Hanna Taieb

Vertreter § 23.5

Timm Brethauer
Anja Kulas

Verhindert sind:

Rosemarie Kwidzinski
Mustafa Ertunç

Gäste:

Frank Piontek / Gesundheitsamt Bremen
Dr. Anke Hinrichs u. Dr. Paul / Ärzte im Stadtteil
Thomas Schächter / Seniorenvertretung Gröpelingen
Nele Klein / Stadtteilbeauftragte für Gröpelingen in der Senatskanzlei
Martin Michalik / MdBB (CDU-Fraktion)

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung und Themenspeicher**
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/01/24 vom 21.02.2024**
- TOP 3: Rattenbekämpfung im Stadtteil**
dazu: Frank Piontek / Gesundheitsamt Bremen
- TOP 4: Ärzteversorgung in Gröpelingen**
dazu: Dr. Anke Hinrichs / Ärztin im Stadtteil
Dr. Paul / Arzt im Stadtteil
- TOP 5: Berichterstattung Landespflegebericht**
dazu: Thomas Schächter / Seniorenvertretung Gröpelingen
- TOP 6: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten und Mitteilungen des Amtes**

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung und Themenspeicher**
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt, die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung genehmigt.
- Auf den Themenspeicher gelangen:
- Neuauflage: Projektbeschreibung Hood-Training-Stationen im Stadtteil
 - Entwicklung „Lokales Integriertes Gesundheitszentrum für alle (LIGA)“
 - Aktivitätenreigen von „Kultur vor Ort“ e.V.
 - Barrierefreiheit im Stadtteil

- Gewalttaten im Vereinssport; dazu: ggf. Vertreter:innen des Fußballverbandes und des Landessportbundes.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/01/24 vom 21.02.2024

Das vorliegende Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Rattenbekämpfung im Stadtteil

Angesichts eines vermehrten Auftretens von Rattenpopulationen im Stadtteil informiert sich der Fachausschuss über mögliche Bekämpfungswege der ungebetenen Vierbeiner im öffentlichen Raum sowie auf Privatgrund.

Für Rattensichtungen, die sich auf öffentlichem Grund vollziehen, besteht eine Art Allzuständigkeit bei Immobilien Bremen, für Privatgrund ist der jeweilige Grundstückseigentümer selbst verantwortlich.

Lässt sich ein Verursacher klar bestimmen, obliegt die Aufgabe, über den Infektionsschutz zu wachen bei beim Gesundheitsamt, wobei auch der Weg über den Ordnungsdienst beschritten werden kann; für die Überwachung der Gastronomie zeichnet derweil das Landesveterinäramt verantwortlich.

Aus Sicht der betroffenen Bevölkerung zeichnet vor allem die fehlerhafte Lagerung von Essensresten und das Füttern von Tieren (bspw. Enten im Oslebshäuser Park) für die Ausbreitung von Rattenpopulationen verantwortlich, was, abgesehen von der Taubenfütterung, die aufgrund einer kürzlich verabschiedeten Bestimmung inzwischen untersagt ist, keiner Beschränkung unterliegt. Der Wunsch aus Bevölkerung und Beirat wird daher laut, auch dies mit Bußgeld zu belegen. Allerdings weist Herr Piontek auch darauf hin, dass sich jeder Nutzer von Komposthaufen vergegenwärtigen muss, dass organische Haushaltsabfälle wie bspw. Kartoffelschalen die Nager anlocken können.

Sofern ein entsprechender Schädlingsbefall ruchbar wird, erfolgt verzuglos eine Weitermeldung, dies gilt nach Auskunft von Herrn Piontek (Gesundheitsamt Bremen) auch für die Meldung in leerstehenden Gebäuden.

Weiterhin informiert Herr Piontek über die verhältnismäßig rigide Verkaufspraxis von stärker wirkendem Rattengift und Rattenködern. Die frei verkäuflichen Mittel töten oftmals die Ratten nicht, es würden stattdessen Resistenzen aufgebaut und letztendlich bliebe die Maßnahme somit ohne Wirkung. Der Fachausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

In der sich anschließenden Aussprache wird eine aus Bürgersicht empfundene Unübersichtlichkeit der Anspruchewege namhaft gemacht. Hierbei ist nach einhelliger Auffassung die Politik gefragt, bspw. eine zentrale Hotline zu schalten. Ein Beiratsantrag, der mehrere Forderungen in Richtung Senat enthält, ist in Vorbereitung.

Weiterhin wird auf die Verfahren der Müllentsorgung hingewiesen und betont, dass der verbreitete Einsatz von „gelben Säcken“ statt „gelber Tonnen“ die Ausbreitung von Ratten gleichfalls begünstigt. Ein entsprechender Beschlussantrag zur Ausgabe gelber Plastikabfalltonnen für die Beiratssitzung ist in Vorbereitung.

TOP 4: Hausärzteversorgung in Gröpelingen

Frau Dr. Hinrichs und Herr Dr. Paul unterrichten den Fachausschuss über die wachsenden Anforderungen, die sich an die Bewältigung des Praxisalltages der Hausärzt:innen im Stadtteil richten.

Herausgehoben werden neben saisonal verstärkten Krankenständen, die ein signifikant erhöhtes Patient:innenaufkommen mit sich bringen, vor allem vereinzelt auftretende Gewaltausbrüche vonseiten Angehöriger, die sich mit den daraus resultierenden verlängerten Wartezeiten nicht abfinden wollen.

Die Wahrnehmung gestiegener Konfliktlagen in diesem Kontext, wird vonseiten einzelner Fachausschussmitglieder aus eigenem Erleben bestätigt.

Deutlich wird in den Ausführungen zudem der empirische Befund einer rd. 10 Jahre kürzeren Lebenserwartung in Gröpelingen gegenüber vergleichsweise deutlich bessergestellten Gebieten wie bspw. Schwachhausen oder Oberneuland.

Außerdem wird auf Vakanzen in den Praxisstandorten aufmerksam gemacht, zumal das KV-Distributionssystem keine trennscharfe Differenzierung zwischen den Stadtteilen

vorsieht, sondern eine summarische Versorgung im Gesamtstadtgebiet in den Blick nimmt. Ärzte im Berufsstart entscheiden sich tendenziell eher für die „komfortableren“ Stadtteile – und dies obgleich auf bestimmten Feldern, bspw. der Adipositasbekämpfung großer Bedarf bestünde und in deren Bekämpfung gerade in Gröpelingen durchaus „Pionierarbeit“ geleistet werden könnte.

In Ärztehäusern mit fachübergreifender Vorortversorgung wird ein probates Mittel gesehen, die schwindenden Leistungskapazitäten der Einzelpraxen aufzufangen, zumal in der Kombination verschiedener Fachrichtungen unter einem Dach Synergien entstehen könnten, insbesondere, was die kostenintensive Apparatemedizin, etwa in der Radiologie, angeht.

Der Fachausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

TOP 5: Berichterstattung Landespflegebericht

Herr Schächter orientiert die Fachausschussmitglieder über den Impact des Landespflegeberichts in Auswirkung auf die Versorgungssituation im Stadtteil (Anlage 1-3).

Nach einleitenden Ausführungen über die Genese und die orientierende Funktion des Berichtswesens für die Bedarfsplanung auf diesem Sektor, geht der Referent auf die Folgerungen die sich aus der kritischen Bestandsaufnahme der aktuellen Zahlenwerke insbesondere für den Stadtteil ergeben, ein. – Quintessenz: Der Bremer Westen und der Stadtteil halten zwar eine umfassende Infrastruktur im Pflegebereich vor, diese ist allerdings aufgrund des demographischen Wandels optimierungsbedürftig. Sowohl im ambulanten, als auch im vollstationären Sektor reicht das vorgehaltene Betreuungsangebot erkennbar nicht aus. Positiv hervorgehoben wird das Kontingent an Kurzzeitpflegeangeboten.

Der Referent bestätigt die vorangegangenen Ausführungen der lokalen Hausärzteschaft, dass die Versorgungsquote mit Allgemeinmediziner:innen zurzeit leidlich sichergestellt ist, die altersbedingten Praxisschließungen allerdings mittelfristig eine Verschlechterung der Situation im Stadtteil erwarten lassen, dies zusätzlich noch einmal verschärft durch die demografische Situation.

Unzureichend wird in diesem Zusammenhang die Standortbindung junger Nachwuchsärzt:innen gesehen. Zwar existieren Kooperationsvereinbarungen mit der Universität Göttingen, die Akkreditierung eines eigenständigen Studienganges an der Bremer Universität wäre aus Sicht des Referenten demgegenüber indes vorzuziehen. Außerdem treten Engpässe, auch in der Versorgung von Senior:innen infolge von Sprachbarrieren zwischen Ärzten und Patienten auf, die eine Anamnese und Diagnostik erschweren bzw. signifikant in die Länge ziehen, worunter die Versorgung anderer Patienten wiederum leidet.

Abschließend betont Herr Schächter, dass die Qualität des Landespflegeberichts, dem die Aufgabe zufällt, stadtteilspezifische Handlungsbedarfe kenntlich zu machen, von einer kontinuierlichen Fortschreibung lebt, an der u.a. die Landessenorenvertretung gewichtigen Anteil hat.

Der Fachausschuss nimmt von den Ausführungen wohlwollend Kenntnis.

TOP 6: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten und Mitteilungen des Amtes

Es liegen keine Entscheidungsbedarfe vor.

Vorsitz/Protokoll:

stellvertretender Sprecher:

- Ingo Wilhelms -

- Mustafa Ertunç -